



Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Datum: 16.12.2019	<b>Antrag</b>	<b>2019/227-1</b>
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

**Beratungsgegenstand:**

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 10.12.2019 (Eingang: 16.12.19) zum Antrag der Fraktion DIE LINKE; Klimanotstand

**Produkt/e:**

111-110 Büro Landrat

**Beratungsfolge**

**Status Datum Gremium**

N 16.12.2019 Kreisausschuss

Ö 16.12.2019 Kreistag

**Anlage/n:**

Originalantrag

**Beschlussvorschlag des Antragstellers:**

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag stellt fest, dass der globale Klimanotstand mit all seinen fatalen Folgen für Mensch, Tier und Natur auch den Landkreis Lüneburg erreicht hat und erklärt deshalb für unseren Landkreis den Klimanotstand. Der Landkreis Lüneburg setzt damit ein Zeichen und reiht sich in eine immer größer werdende Gemeinschaft von Städten und Landkreisen ein, die den Klimanotstand ausgerufen haben. Diese Gemeinschaft eint die Erkenntnis, dass alle politischen Maßnahmen den Klimaschutz Priorität einräumen müssen und auf allen politischen Ebenen ein Sinneswandel und eine klimapolitische Kehrtwende eingeleitet werden muss.
2. Der Kreistag erkennt damit an, dass die Eindämmung des durch den Menschen verursachten Klimawandels in der Lokalpolitik eine hohe Priorität besitzt und bei allen Entscheidungen zu beachten ist.
3. Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, regelmäßig, aber mindestens alle zwölf Monate, über die Auswirkungen und Folgen der Treibhausgase wie z. B. CO<sub>2</sub>, Methan sowie die Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen im Landkreis zu berichten. Zukünftig ist bei den Verwaltungsvorlagen die Auswirkung auf das Klima explizit zu benennen.

**Sachlage:**

Siehe Anlage.